

Insolvenzen | 18.09.2026 | Nr. 300/26

Lukas Kilian: TOP 32: Eine Zahl allein ist noch keine Diagnose für unsere Wirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

571 Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2026. Gut ein Viertel mehr als im Vorjahreszeitraum, der höchste Halbjahreswert seit 2012. Mehr als 3.600 Arbeitsplätze sind davon betroffen.

Hinter jeder dieser Zahlen stehen Unternehmerinnen und Unternehmer, Beschäftigte und Familien. Menschen, die Verantwortung übernommen, investiert und häufig über viele Jahre einen Betrieb aufgebaut haben. Deshalb reden wir nichts klein. Und deshalb danke ich dem Minister für die klare und sachliche Einordnung.

Aber zur Wahrheit gehört ebenso: Eine Zahl allein ist noch keine Diagnose für unseren gesamten Wirtschaftsstandort. Kollege Buchholz hat von einem „Alarmsignal“ gesprochen. Das kann man so nennen. Wer aus 571 Verfahren eine Generalabrechnung mit der Wirtschaftspolitik des Landes konstruiert, produziert vielleicht eine Schlagzeile – aber noch keine vollständige Analyse.

Insolvenzen sind ein nachlaufender Indikator. Sie spiegeln Belastungen wider, die sich über Monate und Jahre aufgebaut haben: Corona, Energiepreiskrise, hohe Zinsen, gestiegene Material- und Arbeitskosten, schwache Nachfrage und geopolitische Unsicherheit.

Besonders hart trifft es derzeit das Baugewerbe. Zugleich ist die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe um 39 Prozent auf 25 Fälle gesunken. Auch deshalb verbietet sich eine pauschale Erzählung.

Hinzu kommt der Nachholeffekt der Corona-Jahre. 2019 hatten wir in Schleswig-Holstein 787 Unternehmensinsolvenzen, 2021 nur 446. Staatliche Hilfen waren damals richtig, weil sie gesunde Unternehmen durch eine außergewöhnliche Krise getragen haben. Aber sie haben Verfahren teilweise auch verhindert oder verschoben.

Lieber Kollege Buchholz, Sie haben 2021 selbst darauf hingewiesen, dass dabei auch das eine oder andere Unternehmen durch die Krise getragen wurde, obwohl es „möglicherweise unter normalen Marktgegebenheiten schon aus dem Markt

ausgeschieden wäre“. Diese Einordnung war damals richtig. Sie ist auch heute noch richtig.

Entscheidend ist: Wer die wirtschaftliche Lage unseres Landes beurteilen will, darf nicht nur auf die Unternehmen schauen, die den Markt möglicherweise verlassen. Er muss auch auf diejenigen schauen, die neu hinzukommen.

Und hier liefert das Statistikamt Nord eine bemerkenswerte Zahl: Im ersten Halbjahr 2026 wurden in Schleswig-Holstein 12.717 neue Gewerbe gegründet. Das sind 8,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum – und der höchste Halbjahreswert seit 2010. Ja, wir verzeichnen den höchsten Halbjahreswert bei den Insolvenzen seit 2012. Gleichzeitig verzeichnen wir den höchsten Halbjahreswert bei den Gewerbeneugründungen seit 2010. Beide Zahlen gehören in diese Debatte!

Die Zahl der Gewerbeaufgaben ist zugleich um gut vier Prozent auf 8.918 gesunken. Unter dem Strich wurden damit 3.799 Gewerbe mehr gegründet als aufgegeben. Zu den Neugründungen zählen Betriebsgründungen ebenso wie Kleingewerbe. Aber hinter jeder Gründung steht ein Mensch, der eine Idee verfolgt, Verantwortung übernimmt und an seine wirtschaftliche Zukunft in Schleswig-Holstein glaubt.

Bei uns wird also nicht nur abgewickelt. Bei uns wird gegründet, investiert und gearbeitet. Dazu passt: Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist 2025 real um 0,9 Prozent gewachsen – deutlich stärker als der Bundesdurchschnitt. Unser Verarbeitendes Gewerbe ist gewachsen, während es bundesweit geschrumpft ist. Der Arbeitsmarkt bleibt vergleichsweise robust und die Geschäftserwartungen hellen sich auf.

Das alles ist kein Anlass zur Selbstzufriedenheit. Die Erholung ist fragil. Gerade das Baugewerbe, der Handel, das Gastgewerbe sowie Verkehr und Logistik brauchen bessere Rahmenbedingungen. Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie, leichteren Zugang zu Finanzierung, eine leistungsfähige Infrastruktur und konsequente Fachkräftesicherung. Politik kann und soll nicht jedes einzelne Geschäftsmodell dauerhaft vor dem Markt schützen. Aber Politik muss dafür sorgen, dass gute Ideen wachsen können, dass Investitionen sich wieder lohnen und dass aus einer Krise nicht wegen vermeidbarer Hürden eine Insolvenz wird.

Unser Anspruch als CDU ist deshalb weder Schönrednerei noch Schwarzmalerei. Unser Anspruch ist: Probleme klar benennen, die richtigen Schlüsse ziehen und Wachstum möglich machen. Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist nicht unverwundbar. Aber sie ist widerstandsfähig, vielfältig und voller unternehmerischer Kraft. 12.717 Neugründungen in sechs Monaten sind dafür ein starkes Zeichen. Nehmen wir das Warnsignal der Insolvenzen ernst. Aber reden wir unser Land nicht schwächer, als es ist. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass aus neuen Ideen neue Unternehmen, neue Arbeitsplätze und neuer Wohlstand entstehen.